

und Entwicklung im RGW und in der DDR. In einer Einschätzung der PSK und ihrer Wirkungen stellt M. Defizite im methodischen Ansatz der Quantifizierung und in der Informationsbasis – der Erhebung statistischer Daten – fest. Auf Grund dieser Tatsachen lassen sich keine exakten Aussagen über die ökonomische Signifikanz von PSK-Abmachungen für die DDR-Wirtschaft (und für die anderen RGW-Volkswirtschaften) machen. – Die Organisationsstruktur ist im Verlaufe der Entwicklung des RGW Änderungen unterworfen gewesen. Horst Brezinski stellt in seinem Beitrag „Wandlungen in den Organisationsformen des RGW“ die Aufgaben, Prinzipien und Funktionen der Zusammenarbeit dar. Ausführlich erörtert er die Organisation und ihre Entwicklung nach der Annahme des Komplexprogramms von 1971. Die verschiedenen nationalen Interessenlagen (vor allem der Sowjetunion und Ungarns) begründen organisatorische Entwicklungsimpulse, die jedoch nach Auffassung von B. ohne eine Veränderung der ökonomischen Integrationsinstrumente keine dauerhaften Lösungen hervorbringen können.

Im abschließenden Beitrag über „Die RGW-Staaten im Spannungsfeld von nationaler und überstaatlicher Wirtschaftspolitik“ behandelt Erich Klinkmüller Probleme der politischen Ökonomie der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Er fragt nach dem allgemeinen politischen und ökonomischen Rahmen, innerhalb dessen sich die wirtschaftliche Zusammenarbeit vollzieht, und legt die Bedingungen der Zusammenarbeit an der Jahreswende 1983/84 dar sowie die Veränderungen dieser Bedingungen, die kurz- und mittelfristig erwartet werden können. K. beschreibt in diesem Zusammenhang die politisch-ökonomische Situation in den einzelnen osteuropäischen RGW-Ländern. Für die zweite Hälfte der achtziger Jahre erachtet er ein im wesentlichen unverändertes Fortbestehen bisheriger Probleme und ein Festhalten an vertrauten Lösungen als wahrscheinlich. Nach einem Generationenwechsel in der sowjetischen Führung könne in den späten achtziger und neunziger Jahren jedoch mit einem strategischen Rückzug der Sowjetunion aus unhaltbar gewordenen Positionen in Osteuropa mit entsprechenden Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung gerechnet werden.

Der Band vermittelt eine Fülle von Informationen zu den Tatbeständen und Problemstellungen der wirtschaftspolitischen Harmonisierung und Integration im RGW. Er dokumentiert die Handelsstrukturen des osteuropäischen Wirtschaftsraumes als überholt. Die Produktionsspezialisierungen dienen kaum technischen Veränderungen und haben überwiegend eine formale Bedeutung. Die vorgetragenen Erklärungshypothesen lassen methodisch die Notwendigkeit einer Integrationstheorie erkennen, die bisher nur rudimentär entwickelt worden ist.

Bonn

Gerhard Hahn

Andreas Hillgruber. Alliierte Pläne für eine „Neutralisierung“ Deutschlands 1945–1955. (Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften, Geisteswissenschaften, Vorträge, G 286.) Westdeutscher Verlag, Opladen 1987. 31 S.

Nachdem kurz nach der bedingungslosen Kapitulation die durch Deutschland verlaufende Demarkationslinie zwischen der Sowjetzone und den Besatzungsgebieten der drei Westmächte zum Eisernen Vorhang geworden war, ist immer wieder erwogen worden, die durch den Kalten Krieg verlorengegangene politische Einheit Deutschlands um den Preis einer Neutralisierung des Gesamtstaates wiederherzustellen, also das deutsche Mitteleuropa als Ganzes aus dem Ost-West-Konflikt herauszulösen. Aus dem ersten Nachkriegsjahrzehnt sind sowjetische, amerikanische und britische Pläne solcher Art bekannt. Sie sind aber, wie H. in dieser stoffreichen und überzeugend urteilenden Studie darlegt – vorausgesetzt, sie waren ernst gemeint –, vor allem deshalb nicht verwirklicht worden, weil man in Ost wie in West gleichermaßen befürchtet hat, das künf-

tige Verhalten eines solchen, der unmittelbaren Kontrolle durch die Sieger nicht länger mehr unterstehenden Deutschlands könne der eigenen machtpolitischen Position schaden („Rapallo“; Abschwächung des sowjetischen Einflusses in Ostmittel- und Südosteuropa).

Zwei Einzelheiten dürften für die Leser der ZfO besonders wichtig sein: Schon die ersten derartigen – amerikanischen – Entwürfe aus den Jahren 1945 und 1946 hatten die Oder-Neiße-Linie als definitive deutsch-polnische Grenze zur Voraussetzung; daran hat sich auch in den späteren Projekten nichts geändert. Auf der anderen Seite aber vermutete man, diese durchaus völkerrechtswidrige Verkleinerung des deutschen Staatsgebiets wie überhaupt die politische Teilung Deutschlands werde einen starken deutschen Nationalismus entstehen lassen, den man durch das Angebot eines vereinigten, wenn auch neutralisierten Gesamtstaates besänftigen wollte.

Köln

Peter Burian

Błażej Śliwiński: Rola polityczna możnowładztwa na Pomorzu Gdańskim w czasach Mściwoja II. [Die politische Rolle des Adels in Pommerellen zur Zeit Mestwins II.] (Uniwersytet Gdański, Zeszyty naukowe, rozprawy i monografie, Nr. 86.) Verlag Uniwersytet Gdański. Gdańsk 1987. 209 S., engl. u. russ. Zufass.

Dieses Buch wurde von der Universität Danzig als Habilitationsschrift angenommen. Der Autor ist bereits durch zahlreiche Veröffentlichungen bekannt.

Das Werk besteht aus zwei Teilen. Teil 1 gilt der Zeit bis 1271 (Ende der inneren Auseinandersetzungen), Teil 2 betrachtet den Zeitraum 1272 bis 1294. Mit seinem Thema bewegt sich Błażej Śliwiński auf einem Gebiet, dessen Bearbeitung nicht nur durch den Mangel an Quellen, sondern auch an Fachliteratur erschwert ist. Die Urkunden des durch Max Perlbach veröffentlichten Pommerellischen Urkundenbuchs, von denen nur wenige im Original erhalten sind, lieferten die Quellengrundlage. Den Vermutungen des Autors zufolge sind die meisten Urkunden während der Unruhen der Jahre 1308/9 verschwunden. Außerdem gilt ein großer Teil der erhaltenen Urkunden nach den Arbeiten von Max Perlbach, Erich Keyser, Gerard Labuda und auch Heinz Lingenberg (Die Anfänge des Klosters Oliva und die Entstehung der deutschen Stadt Danzig. Die frühe Geschichte der beiden Gemeinwesen bis 1308/10, Stuttgart 1982) als Fälschungen oder als fälschungsverdächtig. An Literatur standen ihm im Grunde nur wenige Arbeiten wie z.B. die von Eberhard Sauer, Fritz Morré, Friedrich Lorentz und Reinhard Wenskus sowie von den polnischen Historikern Władysław Łęga, Gerard Labuda, Józef Spors, Kazimierz Jasiński und Krystyna Zielińska zur Verfügung.

Erstaunlicherweise sind – nach den Worten des Autors (S. 9) – für das 13. Jh. mehr Informationen erhalten als für das 14. Im 14. Jh. haben wir es auf diesem Gebiet mit der Kanzlei des Deutschen Ordens zu tun, der für die Ausstellung seiner Urkunden deutsche Neusiedler und Ordensbrüder herangezogen hat. Der frühere einheimische Adel ist dadurch aus den Quellen verschwunden, und die Gerichtsbücher, die weitere wichtige Angaben liefern könnten, liegen erst seit dem 14./15. Jh. vor.

Die Ausgangsposition konnte aus diesen Gründen nur sein, die politische Tätigkeit einzelner Personen zu erörtern, soweit dies die erhaltenen Quellen zulassen. Dieser Bereich ist am besten erforscht, so daß es möglich ist, einzelne Personen einzustufen und einzuordnen. Eine Hilfe boten hier genealogische Untersuchungen sowie Arbeiten über die Siedlungsverhältnisse. Auf dieser Basis gelang es, viele Personen einzelnen Familien zuzuordnen und der bisher anonymen Gesellschaft Pommerellens ein Gesicht zu geben. Hier liegt der größte Wert der Arbeit, deren Untersuchungen nicht – wie der Titel zeigt – nur Personen aus der letzten Periode der Regierung von Mestwin II.,